



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 59'124
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 396.014
Abo-Nr.: 1092252
Seite: 4
Fläche: 28'002 mm²

Wie sich das Volk um die eigene Rente bringt

Eine Runde diskutiert neue Wege in der Vorsorge

Von Sebastian Dürst

Basel. Wenn es um die Altersvorsorge geht, beisst sich die Politik in regelmäßigen Abständen die Zähne am Volkswillen aus. Am Dienstagabend organisierte die Ausgleichskasse Basel-Stadt darum ein Podiumsgespräch, an dem Studenten der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) ihren Lösungsansatz zur Sicherung der Altersvorsorge zur Diskussion stellten.

Fast schon flehend wirkte der Appell von Colette Nova, Vizedirektorin des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV): «Wir müssen uns zusammenschaffen. Was auch immer man tut, es muss vor dem Volk mehrheitsfähig sein.»

In der Diagnose des Problems waren sich Studenten und Podiumsteilnehmer einig: Weil die Leute immer älter werden und weniger Kinder geboren werden, funktioniert das Drei-Säulen-Prinzip auf Dauer nicht mehr. Waren es 1991 noch vier Erwerbstätige, die eine AHV-Rente im Umlageverfahren finanzierten, werden es 2030 nur noch gut zwei sein. Bei der beruflichen Vorsorge stellt sich ein ähnliches Problem: Das im Laufe des Berufslebens angesparte Kapital reicht nach der Pensionierung etwa 15 Jahre; das Durchschnittsalter beträgt aber deutlich über 80 Jahre.

Vorschlag findet keinen Anklang

Die FHNW-Studenten stellten in ihrem Lösungsvorschlag darum das System auf den Kopf. Sie schlagen vor, AHV und berufliche Vorsorge ab der Pensionierung gestaffelt auszuzahlen. Nach der Pensionierung würde der Rentner demnach zuerst auf das gesparte Pensionskassen-Kapital zugreifen. Erst wenn dieses aufgebraucht ist, erhält er eine

AHV-Rente. Die dritte Säule dient dazu, die Lücke zwischen BVG- und AHV-Rente abzumildern. Die Eigenverantwortung würde damit wichtiger, die AHV entlastet. Als Folge davon könnten Pensionskassengelder jedoch auch nicht mehr ausgelöst und zum Beispiel für Wohneigentum eingesetzt werden.

SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi (ZH) findet diese Idee zwar als Denkanstoss interessant, glaubt aber nicht an eine Umsetzung: «Die Leute haben Angst vor einem Leistungsabbau bei der Altersvorsorge. Veränderungen müssen deshalb in vielen kleinen Schritten passieren, damit man am Ende nicht vor einem grossen Scherbenhaufen sitzt.» Auch für Nova geht der studentische Vorschlag zu weit: «Wenn bei einem Haus die Heizung kaputt ist, sprengt man ja auch nicht gleich das ganze Haus.» Für BaZ-Chefredaktor Markus Somm ist ein anderer Aspekt der Altersvorsorge zentral: Er sieht das Problem darin, dass heute Leistungen versprochen werden, die später eingehalten müssen, ohne dass die Verantwortlichen noch zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Für Fetz zu riskant

Mit dem Vorschlag der Studenten würde die berufliche Vorsorge gegenüber der AHV massiv gestärkt. Damit würde auch das Kapitaldeckungs- gegenüber dem Umlageverfahren gestärkt. Das ist für Ständerätin Anita Fetz (SP, BS) zu riskant: «Man kann nicht sagen, wie sich die sehr volatilen Finanzmärkte in Zukunft entwickeln werden. Wenn man das Umlageverfahren zu stark schwächt, verliert man darum auch an Sicherheit», meint sie.

Barbara Gutzwiller ist Präsidentin des Arbeitgeberverbandes Basel. Sie ist froh darüber, dass die Studenten das Problem nicht einfach über höhere Abgaben lösen wollen. «Was mir allerdings fehlt, sind Anreize, damit die Leute länger arbeiten.» Damit eröffnet sie die Debatte über die Erhöhung des Rentenalters. «Wir müssen das Verhältnis zwischen Erwerbstätigkeit und Rentenalter wieder ins Lot bringen», stimmt Bortoluzzi zu. Für Gutzwiller heisst das aber nicht, dass der Staat eingreifen muss: «Es gibt genug Leute, die freiwillig länger arbeiten wollen, aber das kann man auch mit privatrechtlichen Lösungen erreichen.» Eine staatliche Lösung mit fixer Erhöhung des Rentenalters ist für Fetz eh nicht möglich: Eine solche «würde jede Vorlage killen».

Lösungen, die von allen Beteiligten akzeptiert werden, wurden nicht gefunden. Wenig überraschend darum die Aufforderung einer Besucherin an die Adresse der Podiums-Politiker: «Wenn eine Veränderung nicht mehrheitsfähig ist, ist es die Aufgabe der Politik, sie dem Volk zu erklären und so mehrheitsfähig zu machen!»

Im Gleichschritt mit den Kosten der Altersvorsorge wachsen auch die Pflegekosten für alte Leute. Colette Nova ortet hier eine falsche Einstellung der Rentner: «Man kann nicht behaupten, man spare das ganze Leben für das Alter, wenn man das Geld dann im Alter nicht ausgeben will. Das ist nicht fair», erklärt sie. Dieser Meinung ist auch Somm: «Die Leute müssen wieder lernen, mehr Verantwortung für ihr eigenes Leben im Alter zu übernehmen.»